Stadtverordnetenversammlung



Datum: 20.01.2012

Stadtverordnetenbüro Auskunft erteilt: Frau Allamode Berliner Platz 1, 35390 Gießen Telefon: 0641 306-1032 Telefax: 0641 306-2033

E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Niederschrift

der 7. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 15.12.2011,

im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 18:07 - 02:24 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Ika Veronika Bordasch

Herr Alfons Buchholz

Herr Egon Fritz Stadtverordnetenvorsteher

Herr Dieter Geißler

Frau Nina Heidt-Sommer

Herr Christian Heimbach

Frau Ingrid Kaminski

Frau Dr. Ulrike Krautheim

Herr Rolf Krieger

Herr Gerhard Merz (ab 19:05 Uhr)

Herr Christopher Nübel

Frau Natalie Orlowski

Herr Oliver Persch

Herr Zeynal Sahin

Herr Frank Walter Schmidt

Herr Mehmet Tanriverdi

Herr Andreas Walldorf

Herr Dr. Christoph Weinrich

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Volker Bouffier

Herr Dr. Johannes Dittrich

Herr Dieter Gail

Herr Dr. Volker Kölb

Herr Dieter Kräske

Frau Dorothé Küster

Herr Klaus Peter Möller

Herr Michael Oswald

Herr Axel Pfeffer

Herr Thiemo Roth

Frau Julia-Christina Sator

Herr Martin Schlicksupp

Herr Dieter Scholz

Frau Christine Wagener

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Herr Gerhard Greilich

Frau Lea Ruth Greilich

Herr Klaus-Dieter Grothe

Herr Martin Klußmann

Frau Maren Kolkhorst

Herr Dr. Markus Labasch

Frau Ch. Schwarzer-Geraedts

Frau Dr. Bettina Speiser

Frau Ewa Wenig

Herr Alexander Wright

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Herr Hans Heller

Frau Elke Victor

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Herr Dr. Martin Preiß

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Jonas Ahlgrimm

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der Fraktion Die Piraten:

Herr Christian Oechler

Stadtverordnete der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen:

Herr Michael Janitzki

Frau Elke Koch-Michel

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin Frau Karin Bouffier-Pfeffer Stadträtin Herr Prof. Dr. H. Brinkmann Stadtrat Frau Monika Graulich Stadträtin Herr Joachim Grußdorf Stadtrat Frau Susanne Koltermann Stadträtin Frau Edith Nürnberger Stadträtin Stadtrat Herr Wolfgang Sahmland Herr Burkhard Schirmer Stadtrat Herr Uwe Schmidt Stadtrat Herr Johannes Zippel Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Dietrich Metz Leiter des Rechtsamtes (bis 19:52 Uhr)

Herr Dirk During Leiter der Kämmerei

Herr Thomas Gernandt Kämmerei (bis 23:35 Uhr)

Frau Julia Thon Dezernat I

Herr Horst-Friedhelm Skib Stabsstelle (bis 00:10 Uhr)

Stadtentwicklung

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Büroleiter, Schriftführer Frau Andrea Allamode Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Eva Janzen SPD-Fraktion
Herr Jörg Asboe CDU-Fraktion

Frau Susanne Lehne Fraktion B'90/Die Grünen

Herr Christian Jackelen Piraten-Fraktion

Frau Sarah Stefanos Vorsitzende Ausländerbeirat

Stadtverordnetenvorsteher Fritz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben werden.

Vorsitzender fragt, ob Bedenken gegen eine Sitzungsunterbrechung bestehen. Die Initiatoren der Bürgerinitiative "Stoppt diese Landesgartenschau" haben den Wunsch geäußert, dem Magistrat eine Unterschriftenliste zu überreichen und ein paar Worte

sagen zu dürfen. Gegen eine Sitzungsunterbrechung erhebt sich kein Widerspruch. Somit wird die Sitzung von 18:12 Uhr bis 18:17 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung fragt **Vorsitzender**, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen.

Stadträtin Eibelshäuser beantragt, die "Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 40 - Schülerbeförderung, - Antrag des Magistrats vom 22.11.2011, STV/0575/2011" als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. **Vorsitzender** stellt fest, dass der Dringlichkeitsantrag als neuer TOP 17 behandelt wird.

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, beantragt, die "alten" Tagesordnungspunkte 28, 30 und 35 (Thematik Landesgartenschau) aufgrund der vielen Zuhörerinnen und Zuhörer, die extra wegen dieser Punkte an der Sitzung teilnehmen, in der Beratung vorzuziehen. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte vor den Haushaltsberatungen zu behandeln.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich Widerspruch. Stattdessen wird von Stv. Möller, CDU-Fraktion, vorgeschlagen, eine Beratung der Tagesordnungspunkte 30 und 35 am Anfang von Teil C hinter dem TOP 28 vorzunehmen. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, FW, LINKE, FDP, PIR;

Nein: LB/BLG).

Vorsitzender stellt fest, dass diese Tagesordnungspunkte nun als "neue" TOP's 30 und 31 behandelt werden.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, stellt den nachstehenden Dringlichkeitsantrag und begründet die Dringlichkeit:

"Der Magistrat wird gebeten, die Beratung und Beschlussfassung des vom Magistrat vorgelegten Haushaltsplans 2012 und den von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträgen im Rahmen einer für den Januar zu terminierenden Sondersitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechtsund Europaausschusses und Stadtverordnetenversammlung zu verschieben, um den Gremien die notwendige Zeit einzuräumen, die Auswirkungen und Konsequenzen der Haushaltsplanung 2012 und der Investitionsplanung der folgenden Jahre angemessen beraten zu können."

Stv. Geißler, SPD-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit.

Sodann lässt **Vorsteher** über die Dringlichkeit abstimmen: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW, LINKE, FDP, LB/BLG, PIRATEN).

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, beantragt, die Tagesordnungspunkte 7 - 9 in der Beratung bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung zurück zu stellen, da nicht alle Ortsbeiräte zu diesen Themen gehört wurden.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich spricht sich gegen eine Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 7 - 8 aus. Gegen eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 9 sei nichts einzuwenden. Des Weiteren erklärt sie, dass der Magistrat zudem den TOP 10 in der Beratung zurückstellt.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz lässt über den Zurückstellungsantrag der Tagesordnungspunkte 7 - 8 abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: 17 SPD, GR, CDU, FW, LINKE, PIR; Ja: 1 SPD, LB/BLG, FDP).

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1.1.	Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Oechler vom 06.12.2011 - Videoüberwachung Marktplatz -	ANF/0617/2011
1.2.	Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Dr. Greilich vom 07.12.2011 - Bürgerworkshop betreffend das städtebauliche Rahmenkonzept zur Siedlungserweiterung in Allendorf -	ANF/0618/2011
1.3.	Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Janitzki vom 08.12.2011 - Baumfällungen Landesgartenschau -	ANF/0621/2011
1.4.	Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Küster vom 08.11.2011	ANF/0622/2011

1.5. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Wagener vom ANF/0623/2011 08.12.2011 - Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Gastschulbeiträge durch den Landkreis Gießen -

- Kostenreduzierung der Müllgebühren -

Teil A	Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):					
2.	Wahl von zwei Mitgliedern der Personalvertretung des Eigenbetriebs "Mittelhessische Wasserbetriebe" (MWB) in der Betriebskommission der MWB - Antrag des Magistrats vom 09.11.2011 -	STV/0533/2011				
3.	Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Seltersweg nach INGE - Antrag des Magistrats vom 13.20.2011 -	STV/0426/2011				
4.	Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Marktquartier nach INGE - Antrag des Magistrats vom 07.11.2011 -	STV/0510/2011				
5.	Satzung zur Einführung von Patenschaften auf dem Alten Friedhof - Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -	STV/0559/2011				
6.	Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes; hier: Kostenentwicklung - Antrag des Magistrats vom 31.10.2011 -	STV/0438/2011				
7.	Gutachten zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Stadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 04.11.2011 -	STV/0505/2011				
8.	Vergnügungsstättenkonzept für die Stadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 21.11.2011 -	STV/0214/2011				
9.	Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark - Antrag des Magistrats vom 27.10.2011 -	STV/0478/2011				
10.	Städtebauliches Entwicklungskonzept "Ehemaliges US- Depot Gießen" - Antrag des Magistrats vom 10.11.2011 -	STV/0538/2011				
11.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 01/33 "Südanlage 16"; hier: Satzungsbeschluss - Antrag des Magistrats vom 12.10.2011 -	STV/0422/2011				

Bebauungsplan GI 01/17 "Zu den Mühlen"; 12. STV/0534/2011 hier: Satzungsbeschluss - Antrag des Magistrats vom 09.11.2011 -Endausbau der Straße Zu den Mühlen, Bau eines 12.1. STV/0563/2011 verbindenden Platzes an dieser Seite der Rodheimer Straße und Endausbau der Bootshausstraße Bau einer Unterführung und Erneuerung Dammstraße (teilweise) Umgestaltung des Einmündungsbereiches Lahnstraße in die Rodheimer Straße Neugestaltung des Lahnuferbereiches; hier: 1. Zustimmung zur Beantragung eines Darlehens aus dem JESSICA-Stadtentwicklungsfond 2. Bestätigung des Projektbeschlusses - Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/04 STV/0537/2011 "Bergkaserne I"; hier: Annahme- und Neueinleitungsbeschluss sowie Entwurfsbeschluss zur Offenlegung - Antrag des Magistrats vom 09.11.2011 -Benennung von Straßen 14. STV/0543/2011 - Antrag des Magistrats vom 11.11.2011 -15. Beteiligungsbericht 2010 STV/0560/2011 - Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -16. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Aus-STV/0556/2011 zahlung gemäß § 114g HGO - Amt - 51 - Leistungen gem. §§ 13, 19, 20, 27-35a, 41, 42 SGB VIII - Antrag des Magistrats vom 15.11.2011 -17. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Aus-STV/0575/2011 zahlung gemäß § 114g HGO - Amt 40 -Schülerbeförderung - Antrag des Magistrats vom 22.11.2011 -18. Haushaltssicherungskonzept 2012 STV/0554/2011 - Antrag des Magistrats vom 14.11.2011 -

19.	Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2012 2. Lesung			
19.1.	 Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2012 - Ergebnishaushalt Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 - 	STV/0561/2011		
19.2.	 Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2012 - Finanzhaushalt Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 - 	STV/0562/2011		
19.2.1	2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2012 - Finanzhaushalt -- Antrag des Magistrats vom 29.11.2011 -	STV/0605/2011		
19.2.2	3. Änderungsliste zum Haushalt 2012 - Finanzhaushalt - - Antrag der Oberbürgermeisterin vom 14.12.2011 -			
19.3.	3. Änderungsanträge der Fraktionen, des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte			
19.3.1	Finanzierung von Sozialem Wohnungsbau in Gießen - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 17.11.2011 -	STV/0569/2011		
19.4.	3. Lesung			
	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012 - Antrag des Magistrats vom 06.09.2011 -	STV/0344/2011		
Teil B (Anträge der Fraktionen, die <u>ohne</u> Aussprache behandelt werden):			
20.	Konzept Berufsfeuerwehr/Gefahrenabwehrzentrum - Antrag der FW-Fraktion vom 17.11.2011 -	STV/0568/2011		
21.	Gedenken an die Verfolgung der Sinti - Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FW und LB/BLG vom 21.11.2011 -	STV/0571/2011		

22.	Berichtsantrag zu den eingesetzten Mittel bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -	STV/0578/2011
23.	Berichtsantrag zur Sanierung Bahnhofsvorplatz; hier: Kosten der bisherigen Planung - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -	STV/0580/2011
24.	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme; hier: Prüfung des Gebietes am Bahnhof - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -	STV/0582/2011
25.	Berichtsantrag zum Kauf von RMV-Anteilen - Antrag der CDU-Fratkion vom 21.11.2011 -	STV/0583/2011
26.	Antrag zur Vervollständigung des Internetauftritts der Universitätsstadt Gießen - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011 -	STV/0584/2011
27.	Bekanntgabe der Standorte von Kinderspielplätzen in der Universitätsstadt Gießen - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011 -	STV/0586/2011
28.	Besetzung unbefristete Erzieher/-innen Stellen - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011 -	STV/0587/2011
Teil C	Anträge der Fraktionen, die <u>mit</u> Aussprache behandelt werden):	
29.	Fäll- und Rodungsausschreibung von 360 Bäumen - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -	STV/0458/2011
30.	Rechtliche und wirtschaftliche Folgen bei Rückgabe der Landesgartenschau 2014 - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -	STV/0464/2011
31.	Absage der Landesgartenschau - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 -	STV/0473/2011

32.	Erhöhung von Abgaben und Gebühren - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -	STV/0460/2011
33.	Radweg Philosophenstraße - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -	STV/0465/2011
34.	Poppe-Keller und Baumbestand sichern - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.10.2011 -	STV/0466/2011
35.	Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V." - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2011 -	STV/0468/2011
36.	Bildung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.10.2011 -	STV/0470/2011
37.	Vorbereitung des Winterdienstes - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 -	STV/0474/2011
38.	Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 02.11.2011 - Angefallene Kosten für die Landesgartenschau -	ANF/0502/2011
39.	Baumfällungen - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -	STV/0574/2011
40.	Ringallee - Antrag der Fraktion Linkes Bündni/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -	STV/0576/2011
41.	Reinigungsdienst - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis /Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -	STV/0577/2011
42.	Bebauungsplan "Wieseckaue"; hier: Aufnahme von zwei Fußgängerbrücken in den Aufstellungsbeschluss - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011-	STV/0579/2011

- 43. Berichtsantrag zur Nutzung von Räumlichkeiten der Stadt Gießen
- STV/0581/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -
- 44. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1. Fragestunde
- 1.1. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Oechler vom 06.12.2011 ANF/0617/2011 Videoüberwachung Marktplatz -

Anfrage:

Der Marktplatz wird seit ca. 10 Jahren durch die Polizei Gießen videoüberwacht. Eigentümer dieser Kameras ist jedoch die Stadt Gießen und somit auch für die Wartung der Kameras verantwortlich.

"Wann ist der Austausch der dortigen Videokameras durch die Stadt am Marktplatz geplant?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Der Austausch der Videokamera am Marktplatz ist für das 1. Quartal 2012 geplant. Eine zeitlich verbindliche Zusage der Firma liegt noch nicht vor."

1. Zusatzfrage: "Welche Änderungen ergeben sich durch den Austausch der Videokameras bezüglich der vertraglich vereinbarten Laufzeit und der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist zwischen der Stadt Gießen und der Polizei?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Dies kann von hier nicht beantwortet werden. Es ist die Angelegenheit der Polizei, den datenschutzrechtlichen Vorgaben des Hess. Datenschutzbeauftragten nachzukommen (§ 3 Abs. 3 des Vertrages vom 01.10.2004)."

2. Zusatzfrage: "Wird die neue, durch die Stadt beschaffte, Videoüberwachungsanlage eine Funktion besitzen, damit ein Versammlungsteilnehmer (nach Versammlungsgesetz) erkennen kann, ob die Videoüberwachungsanlage aktiviert ist?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Nein."

1.2. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Dr. Greilich vom 07.12.2011 - Bürgerworkshop betreffend das städtebauliche Rahmenkonzept zur Siedlungserweiterung in Allendorf - ANF/0618/2011

Anfrage:

Am 19.11. 2011 hat der Magistrat einen "Bürgerworkshop" betreffend das städtebauliche Rahmenkonzept zur Siedlungserweiterung in Allendorf durchgeführt. Aus dieser Veranstaltung ergeben sich folgende Fragen: "Warum wurde westlich des "Allendorfer Funkturms" auf eine Arrondierung des Planungsgebietes an die bereits bestehende Bebauung im Wesentlichen verzichtet?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Die Größe des geplanten Baugebietes resultiert aus den Festlegungen des strategischen und räumlichen Entwicklungskonzeptes, genannt Masterplan Gießen 2020, in dem das Plangebiet mit Entwicklungspriorität als vorrangige Entwicklungsfläche für den Stadtteil und die angrenzenden Stadtteile entwickelt werden soll. Zusätzlich wurde mehrfach durch den Ortsbeirat Allendorf diese Konzeption für den östlichen Abschnitt mit Priorität gefordert. Die sehr schmalen und langen Zuschnitte der bestehenden Flurstücke erfordern eine Baugebietsausbildung, die landwirtschaftliche Belange berücksichtigt. Daher haben sich die Planer bemüht, Bauland und Ausgleichsflächen so zu platzieren, dass landwirtschaftlich zusammenhängende Flächen nicht angeschnitten werden müssen. Ein gut funktionierendes und modernes Wohngebiet erfordert einen bestimmten Siedlungskörper, der nicht nur aus einer zweiseitigen Straßenrandbebauung gebildet werden kann.

Städtebauliches Ziel ist es, gerade durch Gebäudestellungen und minimierte Verkehrserschließung Nachbarschaften auszubilden, um insbesondere auch den Anforderungen junger Familien gerecht zu werden.

Eine Arrondierung westlich des Sendemastes hätte zur Folge, dass für diesen Bereich eine Verkehrserschließung über das bestehende Wohngebiet erfolgen würde, während die jetzige Planung die Haupterschließung über die Kleinlindener Straße im Ortseingangsbereich von Allendorf vorsieht. Eine zusätzliche Erschließung nach Westen würde einen erheblichen Erschließungskostenaufwand verursachen. Darüber hinaus ist der Anteil an städtischen Flächen (ca. 25 %) im westlich des Sendemastes gelegenen Gebiet im Rahmen eines Umlegungsverfahrens zu gering. Im Plangebiet beträgt der städtische Anteil ca. 39 %."

1. Zusatzfrage: "Besitzen Mitglieder des Ortsbeirates, der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats oder deren Verwandte ersten Grades, umlegungsfähige Grundstücke in dem im Jargon der Verwaltung als "Pestbeule" bezeichneten nahezu dreieckförmigen Planungsgebiet westlich und südlich des "Allendorfer Funkturms"?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Aus Sicht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Gießen ist eine generelle Offenlegung von Eigentumsverhältnissen datenschutzrechtlich problematisch. Zur Fragestellung ist daher festzustellen, dass hier

im Rahmen einer öffentlichen Diskussion über Grundstücksangelegenheiten ein eindeutig belegtes, berechtigtes Interesse des Empfängers (Fragesteller) an der Kenntnisnahme/Übermittlung dieser personenbezogener Daten nicht vorliegt und dass daher die schutzwürdigen Belange von Betroffenen (Grundstückseigentümern) beeinträchtigt werden könnten. Der Hessische Datenschutzbeauftragte bestätigt diese Auffassung."

2. Zusatzfrage des Stv. Dr. Preiß: "Wie will der Magistrat das Baugebot in diesem Gebiet rechtlich durchsetzen?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Es ist noch nicht endgültig geklärt, wie das gemacht werden soll. Aber darüber wird zu gegebener Zeit berichtet."

1.3. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Janitzki vom 08.12.2011 ANF/0621/2011 - Baumfällungen Landesgartenschau -

Anfrage:

"Wann wird die versprochene Baumliste mit Angabe der Qualitäten der zu fällenden Bäume vorgelegt und wann wird diese mit den Naturschützern und der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Die mit der UNB abgestimmte aktuelle Baumliste der zu fällenden Bäume liegt vor. In der ersten Spalte ist die Fällung von 174 Bäumen dokumentiert. In der letzten Spalte ist der Grund der Fällung genannt. Bzgl. der Abstimmung erfolgt eine Begehung am 25.11.2012 mit der UNB und dem Naturschutzbeirat. Am 30.11.2005 ging eine Stellungnahme seitens der UNB an die LGS GmbH. Diese wurde geprüft und in Form einer Abwägungstabelle beantwortet und der UNB und dem Beirat in der Naturschutzbeiratssitzung vom am 13.12.11 überreicht und vorgestellt. Zwei Bäume (Rotbuche und Espe) im Bereich der Wissenschaftsachse, zwei Stieleichen auf der Insel bleiben erhalten, die zwei Silberweiden auf der Insel werden auf den Stock gesetzt. Zusätzlich wurden zusätzliche Anregungen zur Entwurfsplanung aufgenommen."

1. Zusatzfrage: "Welche gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG sind auf dem für die Landesgartenschau 2014 vorgesehenen Gelände in der Wieseckaue vorhanden und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Flächen zu schützen?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Die Flachwasserzonen (Röhrrichte) entlang des Neuen Teiches sowie sämtliche uferbegeleitenden Gehölze sind nach § 30 BNatSchG geschützt. Die Uferhölze am Schwanenteich im Bereich des künftigen THM Platzes sowie die Feuchtgehölze am Quellgarten werden gerodet und funktional im Bereich des Auwäldchens ausgeglichen. Im Bereich der neuen Brücke über den Neuen Teich ist eine Röhrrichtzone am Randbereich minimal betroffen. Dies wird durch die Neuanlage von Flachwasserzonen ausgeglichen."

2. Zusatzfrage: "Wurde für die Flächen, in die voraussichtlich eingegriffen wird, z.B. Quellgarten eine Befreiung seitens der Unteren Naturschutzbehörde erteilt?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Der Antrag bzgl. einer Ausnahme nach § 30 (3) BNatScHG wurde gestellt. Die Befreiung ist mündlich in Aussicht gestellt und wird die nächsten Tage erwartet."

3. Zusatzfrage der Fraktion: "Warum ist keine Prüfung der Auswirkungen Landesgartenschau auf das angrenzende Natura 2000 Gebiet in der Wieseckaue (FFH-Verträglichkeitsprüfung) durchgeführt worden?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Die vorgezogenen baulichen Maßnahmen haben keine Auswirkungen die Erhaltungsziele des angrenzenden Natura 2000 Gebiet. Dies ist gutachterlich bestätigt. Im Rahmen der anstehenden Gesamtplanung - landschaftspflegerischer Planungsbeitrag erfolgt in Abstimmung mit UNB und ONB eine Natura 2000 Verträglichkeitsvorprüfung (Prognose)."

1.4. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Küster vom 08.11.2011 - ANF/0622/2011 Kostenreduzierung der Müllgebühren -

Anfrage:

Aus der heimischen Presse war zu erfahren, dass der Landkreis bei den Müllgebühren erhebliche Kostenreduzierungen vornimmt. Auch von Kostensenkungen für die Stadt Gießen war die Rede. Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat: "Welche finanziellen Auswirkungen haben diese Kostenreduzierungen für die Stadt Gießen?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Der Landkreis senkt zum 01.01.2012 die von der Stadt Gießen zu zahlende Grundgebühr von 12,01 €/Einwohner auf 2,82 €/Einwohner. Bei 82.791 Einwohnern (incl. Nebenwohnsitze) entspricht dies einer Einsparung von ca. 760.000 €. Die angekündigten Gebührenreduzierungen bei Restmüll, Bioabfall und Altholz sind uns noch nicht bekannt, dürften aber eher deutlich geringfügiger sein."

1. Zusatzfrage: "Wie werden sich die Einsparungen auf die Müllgebühren in der Stadt auswirken?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Diese Frage kann noch nicht abschließend beantwortet werden. Erst wenn uns die Abrechnung 2011 des Landkreises vorliegt und die weitere Kostenentwicklung absehbar ist, kann eine neue Gebührenkalkulation erfolgen.

Unter Berücksichtigung der bereit gestellten Leistung braucht die Stadt Gießen bereits heute einen Gebührenvergleich mit dem Landkreis nicht zu scheuen. Für die 240 Liter Restmülltonne ergibt sich folgende Beispielsrechnung:

	Behältergröße /	Summe	Preis	Preis pro
	Leerungshäufigkeit	Leerungen	pro Jahr	Leerung
		pro Jahr		
Kreis alt	240 L Restmüll/4 Wochen			
	240 L Altpapier/4 Wochen	52	230,40	4,43 €
	120 L Biomüll/ 2 Wochen		€	
Kreis neu	240 L Restmüll/4 Wochen			
	240 L Altpapier/4 Wochen	52	213,00	4,10€
	120 L Biomüll/ 2 Wochen		€	
Stadt	240 L Restmüll/4 Wochen			
	240 L Altpapier/4 Wochen	68	276,00	4,06 €
	120 L Biomüll/ 2 Wochen im		€	
	Winter, sonst wöchentlich			

2. Zusatzfrage: "Wann kann mit einer Gebührensenkung im nächsten Jahr bei Müllgebühren für alle Grundstückseigentümer gerechnet werden?"

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: "Die günstige Gebührenentwicklung beim LK Gießen schlägt erst 2012 durch. Frühestens zum 01.01.2013 kann mit einer Gebührensenkung gerechnet werden. Eine unterjährige Gebührenänderung ist mit einem erheblichen Mehraufwand für die Stadt, aber auch für die Vermieter verbunden. Festzuhalten ist, dass den Gießener Bürgerinnen und Bürgern dadurch kein Nachteil entsteht, da ein evtl. Gebührenüberschuss in die Gebührenrücklage fließt und nicht mit dem allgemeinen Haushalt verrechnet wird."

1.5. Anfrage gem. § 30 GO der Stv. Wagener vom 08.12.2011 - Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Gastschulbeiträge durch den Landkreis Gießen -

ANF/0623/2011

Anfrage:

Der Landkreis Gießen will die öffentlich-rechtliche Vereinbarung Gastschulbeiträge mit der Stadt Gießen kündigen. Die Kündigung der seit mehr als 5 Jahren reibungslos laufenden Vereinbarung gefährdet die Übernahmegarantie für Kreiskinder insbesondere in die gewünschten Oberstufen der Gießener Schulen und kündigt damit auch den bestehenden Schulfrieden auf. Zusätzlich sollen auf die Stadt erhebliche Mindereinnahmen zukommen.

In der Beratung des Kündigungsantrages wurde auch deutlich, dass seitens des Landkreises die starke Abwanderung von Schülern in die Stadt möglichst verhindert bzw. unterbunden werden soll. Dies bedeutet dann weniger Schüler in Gießener Schulen.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat: "Seit wann ist dem Magistrat die Kündigungsabsicht des Landkreises bekannt und welche Auswirkungen werden für die Stadt Gießen als Schulträger erwartet?" Antwort Stadträtin Eibelshäuser: "Der Magistrat hat bislang keine schriftliche Kündigung erhalten. Die Absicht ist dem Magistrat natürlich durch die parlamentarische Beratung im Kreistag und die öffentliche Berichterstattung bekannt.

1. Die Auswirkungen für die Stadt Gießen als Schulträger sind, sofern nicht zeitnah eine neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen werden wird, ab dem Schuljahr 2012/2013 im Hinblick auf die Gastschulbeiträge geringere Einnahmen und zwar für die Schülerinnen und Schüler, die im Landkreis Gießen außerhalb der Stadt Gießen wohnen, und für die zweierlei gilbt: Wenn sie von Schulen des Landkreises Gießen ohne eigene Oberstufe kommen:

Gesamtschule Lumdatal, Gesamtschule Busecker Tal, Dietrich-Bonhoeffer-Schule, Anne-Frank-Schule, Adolf-Reichwein-Schule, Gesamtschule Gleiberger Land und nach Klasse 9 bzw. 10 weiterführende Bildungsgänge an Gießener Schule besuchen.

Gleiches gilt auch für alle Schülerinnen und Schüler, die im Landkreis Gießen außerhalb der Stadt Gießen wohnen und Berufliche Schulen in der Stadt Gießen besuchen.

- 2. Die Auswirkungen für die Stadt Gießen sind weiterhin, dass die Stadt Gießen für die Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtteil Rödgen, die an die Gesamtschule Busecker Tal gehen, für die Gießener Schülerinnen und Schüler der Martin-Buber-Schule, für die Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtteil Petersweiher, die an die Limesschule und die Adolf-Reichwein-Schule in Polheim gehen und die Gießener Schülerinnen und Schüler, die an die Willy-Brandt-Schule und die Georg-Kerschensteiner-Schule gehen, nur noch den gesetzlich festgelegten Gastschulbeitrag an den Landkreis Gießen zahlen muss. Die Stadt Gießen hat also auch etwas weniger Aufwendungen.
- 3. Eine weitere Auswirkung der Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung könnte sein, dass die Stadt Gießen keine Oberstufengarantie für Schülerinnen und Schüler der oben genannten Schulen mehr geben kann und so verlässliche Übergänge nach Klasse 9 oder Klasse 10 gefährdet sind."
- 1. Zusatzfrage: "Hat der Magistrat entsprechende Mindereinnahmen bei seinen anstehenden Schulinvestitionen bereits berücksichtigt bzw. sind Veränderungen bei den Bauplanungen an Schulen in den nächsten Jahre eingeplant?"

Antwort Stadträtin Eibelshäuser: "Der Magistrat hat entsprechende Mindereinnahmen bei seinen anstehenden Schulinvestitionen nicht berücksichtigt. Die Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hatte bisher keinen Einfluss auf die investiven Planungen für die Schulen in den nächsten Jahren."

2. Zusatzfrage: "Welche Schulen könnten von diesen Veränderungen betroffen sein, bzw. wo besteht der größte Anteil an Kreiskindern (bitte Name der Schule u. %-Anteil)?"

Antwort Stadträtin Eibelshäuser: "Zur Zeit gehen wir davon aus, dass es gelingen wird, zeitnah eine neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Gießen

abzuschließen, so dass die Kündigung keine negativen Auswirkungen für die Schulen in Stadt und Landkreis Gießen nach sich zieht. Unser Ziel ist, ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in der Region und für die Region zu gewährleisten. Dies erfordert verlässliche Strukturen und eine gemeinsame Verantwortung für die finanzielle Ausstattung der Schulen. Hierzu befinden sich die Schuldezernentinnen von Stadt und Landkreis Gießen in die konstruktiven Gesprächen.

Die Schule mit dem größten Anteil an Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis ist die Herderschule (vorläufige Schülerzahl 2011/2012 = 1.616 Schülerinnen und Schüler - davon 1.330 Gastschüler (82%). Wenn mit der Frage impliziert sein sollte, dass die Entscheidungen des Kreistages des Landkreises Gießen auf dem Rücken der Schulgemeinde der Herderschule ausgetragen werden sollen, so ist dies ausdrücklich zu verneinen."

3. Zusatzfrage der Fraktion: "Stimmt die Aussage der Kreisschuldezernentin, Frau Dr. Schmahl, dass es größere Schülerzahlen Richtung Wettenberg Schule gibt? Diese haben Sie vorhin nicht aufgeführt, aber Frau Dr. Schmahl hat solches in der Diskussion behauptet."

Antwort Stadträtin Eibelshäuser: "Weil wir für die Gießener Schülerinnen und Schüler, die die Gesamtschule Gleiberger Land besuchen, keinen erhöhten Gastschulbeitrag zahlen, sondern nur den gesetzlich vorgeschriebenen Gastschulbeitrag. Zudem handelt es sich nicht um eine größere Gruppe sondern es sind einzelne Schüler, die aus der Gießener Weststadt in die Gesamtschule Gleiberger Land gehen."

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

2. Wahl von zwei Mitgliedern der Personalvertretung des Eigenbetriebs "Mittelhessische Wasserbetriebe" (MWB) in der Betriebskommission der MWB

STV/0533/2011

- Antrag des Magistrats vom 09.11.2011 -

Antrag:

"Als Mitglieder der Betriebskommission und deren persönliche Stellvertreter/innen werden folgende Mitglieder der Personalvertretung des Eigenbetriebs gewählt:

Mitglieder Stellvertreter/innen

Alfred Schmitt
 Hans-Georg Künzel
 Manuela Schäfer
 Eberhard Kuhne."

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, LINKE, FDP, LB/BLG; StE: PIR).

3. Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Seltersweg nach INGE

STV/0426/2011

- Antrag des Magistrats vom 13.20.2011 -

Antrag:

- "1. Der als Anlage beigefügte Bericht über das Aufstellungsverfahren zur Satzung wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der Satzung zur Stärkung der Innovation im Seltersweg wird als Satzung beschlossen."

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, 1 LINKE, FDP, PIR; StE: 1 LINKE; LB/BLG).

4. Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Marktquartier nach INGE

STV/0510/2011

- Antrag des Magistrats vom 07.11.2011 -

Antrag:

- "1. Der als Anlage beigefügte Bericht über das Aufstellungsverfahren zur Satzung wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der Satzung zur Stärkung der Innovation im Marktquartier wird als Satzung beschlossen."

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR, 1 LINKE; StE: 1 LINKE, LB/BLG).

5. Satzung zur Einführung von Patenschaften auf dem Alten Friedhof

STV/0559/2011

- Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -

Antrag:

"Der Entwurf einer Satzung zur Einführung von Patenschaften auf dem Alten Friedhof (Anlage 1) wird als Satzung beschlossen."

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Wagener, Beltz, Dr. Krautheim und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, LINKE, LB/BLG; StE: PIR).

6. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes; hier: Kostenentwicklung

STV/0438/2011

- Antrag des Magistrats vom 31.10.2011 -

Antrag:

"Der Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für den Bahnhofsvorplatz von 12.600.000 Euro auf 15.900.000,- Euro wird zugestimmt. Jede Erhöhung der Kosten wird durch Kompensationen bei anderen Investitionen ausgeglichen."

Stadtverordnetenvorsteher Fritz weist darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin in der Stadtverordnetensitzung am 17.11.2011 den Antrag des Magistrats zurückgezogen habe. Ein Initiativantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei vertagt worden.

Stv. Nübel, SPD-Fraktion, ersetzt den in der Stv.-Sitzung am 17.11.2011 gestellten Initiativantrag wie folgt:

- "1. Die bisherigen Planungen für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes wird nicht weiter verfolgt.
- 2. Der Magistrat wird aufgefordert, eine kostenreduzierte Planung zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes umzusetzen. Die bisherigen Planungen zur Umgestaltung ZOB sollen ohne Änderungen weitergeführt werden mit jetzt noch zur verausgabenden Herstellungskosten von rd. 6,0 Mio. €.
- 3. Die bisherigen Planungen zum Fahrradtiefgeschoss, Kopfbauwerk mit Aufzügen und Treppen-Rampenbauwerk werden nicht weiter verfolgt.
- 4. Bei den weiteren Planungen soll auch die historische Treppen- und Grünanlage berücksichtigt und die Kosten für evtl. notwendige Sanierungsmaßnahmen ermittelt werden."

Stv. H. Geißler, FW-Fraktion, **beantragt**, <u>Punkt 3 des Initiativantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen</u> wie folgt zu ändern:

"3. Die historische Treppen- und Grünanlage soll mit 1 Mio. € saniert werden."

Stv. Möller, CDU-Fraktion, **beantragt**, <u>den Initiativantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu ändern:</u>

- "1. Die bisherigen Planungen für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes wird **in den Teilen 7 und 8** nicht weiter verfolgt.
- Der Magistrat wird aufgefordert, eine kostenreduzierte Planung für die übrige Planungsteile zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes umzusetzen. Die bisherigen Planungen zur Umgestaltung ZOB sollen ohne Änderungen weitergeführt werden mit jetzt noch zur verausgabenden Herstellungskosten von rd. 6,0 Mio. €.
- 3. Die bisherigen Planungen zum Fahrradtiefgeschoss, Kopfbauwerk mit Aufzügen

- und Treppen-Rampenbauwerk werden bis auf weiteres nicht weiter verfolgt.
- Bei den weiteren Planungen soll auch die historische Treppen- und Grünanlage berücksichtigt und die Kosten für evtl. notwendige Sanierungsmaßnahmen ermittelt werden."

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass sie die vorgeschlagenen Änderungen der CDU-Fraktion übernehmen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Nübel, Koch-Michel, H. Geißler, Dr. Deetjen, Merz, Möller, Stadträtin Eibelshäuser und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, beantragt, die Punkte des Initiativantrages getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1. des Initiativantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, Linke, FDP, Nein: PIR; StE: LB/BLG).
- Ziffer 2 des Initiativantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, Nein: PIR; StE: LB/BLG, Linke).
- Der Antrag der FW-Fraktion Ziffer 3 des Initiativantrages zu ändern wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, PIR; Ja: FW, LB/BLG, FDP; StE: CDU, Linke).
- Ziffer 3 des Initiativantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR; StE: LB/BLG, Linke).
- Ziffer 4 des Initiativantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig beschlossen.

Der so geänderte Initiativantrag wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP; StE: LB/BLG, Linke, PIR).

7. Gutachten zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die STV/0505/2011 Stadt Gießen

- Antrag des Magistrats vom 04.11.2011 -

Antrag:

"1. Das Gutachten zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Stadt Gießen wird beschlossen.

2. Es ist damit gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen."

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, erklärt, dass ihre Fraktion an den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8 nicht teilnehmen werde, da eine Beratung innerhalb der Ortsbeiräte noch nicht erfolgt sei.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Küster, Ahlgrimm, Koch-Michel, Krieger und Bürgermeisterin Weigel-Greilich

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, PIR; StE: Linke, FDP; NT: LB/BLG).

Vergnügungsstättenkonzept für die Stadt Gießen Antrag des Magistrats vom 21.11.2011 -

STV/0214/2011

Antrag:

- "1. Das Vergnügungsstättenkonzept für die Stadt Gießen wird beschlossen.
- 2. Es ist gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen."

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, PIR; StE: Linke, FDP; NT: LB/BLG).

9. Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark - Antrag des Magistrats vom 27.10.2011 -

STV/0478/2011

Antrag:

- "1. Das Integrierte Entwicklungskonzept Lahnpark wird beschlossen.
- Das Entwicklungskonzept ist in den kommunalen Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.
- 3. Bei investiven Maßnahmen liegt die Verantwortung für Planung, Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen bei der jeweils betroffenen Gebietskörperschaft.
- 4. Die zügige und zielgerichtete Umsetzung des Konzeptes mit den einzelnen Maßnahmen wird angestrebt. Gemeinsame Maßnahmen werden mit Priorität verfolgt."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

Städtebauliches Entwicklungskonzept "Ehemaliges US-Depot Gießen"

STV/0538/2011

- Antrag des Magistrats vom 10.11.2011 -

Antrag:

- "1. Das Städtebauliche Entwicklungskonzept "Ehemaliges US-Depot Gießen" wird beschlossen.
- 2. Es ist damit gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch Grundlage für die weitere Aufstellung von Bauleitplänen und bei Investorenanfragen zu berücksichtigen."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 01/33 "Südanlage 16";

STV/0422/2011

"Sudaniage 10";

hier: Satzungsbeschluss

- Antrag des Magistrats vom 12.10.2011 -

Antrag:

- "1. Die im Rahmen der Beteiligung zur Entwurfsoffenlegung nach den §§ 3 Abs. 2 und 4a Baugesetzbuch (BauGB) von der Öffentlichkeit sowie nach den §§ 13a Abs. 2 Nr. 1 und 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
- 2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie den nach § 81 Hessische Bauordnung (HBO) i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.
- 3. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 12 und 12.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

12. Bebauungsplan GI 01/17 "Zu den Mühlen";
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 09.11.2011 -

STV/0534/2011

Antrag:

- "1. Die im Rahmen der Beteiligung zur Entwurfsoffenlage nach den §§ 3 Abs. 2 und 4a Baugesetzbuch (BauGB) von der Öffentlichkeit sowie nach den §§ 13a Abs. 2 Nr. 1 und 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
- 2. Der Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, Kennzeichnugen sowie den nach § 81 Hessische Bauordnung (HBO) i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen und der nach dem Hessischen Wasserrecht i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB festgesetzten Satzung zur Schaffung von Anlagen oder Verwenden von Niederschlagswasser, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.
- Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen."

Die nachstehenden Ausführungen des Stv. Heimbach, SPD-Fraktion, werden auf Antrag des Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, wörtlich protokolliert.

Stv. Heimbach, SPD-Fraktion: "Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mithörer und Zuschauer. Ich möchte was ganz Grundsätzliches sagen, Frau Koch-Michel, zur Gesamtsituation im Mühlenviertel, weil Sie gerade sagten, dass hat mit der Landesgartenschau nichts zu tun. Natürlich hat es etwas damit zu tun und es hat vor allen Dingen etwas mit der grundsätzlichen Entwicklung unserer Stadt zu tun. Dieses Projekt, das Erschließen des Mühlenviertels, hat etwas mit Stadtentwicklung zu tun und ich glaube, so manch einem ist nicht so ganz klar, warum es sehr, sehr wichtig ist, diese Stadt zu entwickeln - auch in Zeiten, in denen das Geld eben knapp ist. Aber vielleicht auch gerade in diesen Zeiten müssen wir die Stadt voranbringen. Wenn man sich Gießen einmal anschaut in den letzten Jahren, die Stadt ist voran gekommen, Gießen hat sich sehr gut weiter entwickelt und im Vergleich zu anderen Städten im Umfeld wächst Gießen. Stadtentwicklung muss sein, weil Stadtentwicklung schafft eine Stadt, in der die Menschen gerne leben, in der auch Geld investiert wird, auch Geld, was wir dringend brauchen für die riesigen Sozialaufgaben, die wir hier in dieser Stadt haben. Dazu brauchen wir auch Investitionen und dazu brauchen wir Gelände, die neu bebaut werden, die neu belebt werden. Und genau das wird im Mühlenviertel auch geschehen.

Wir leben gerne in Gießen und wir möchten auch, dass Menschen in dieser Stadt auch investieren. Wir als Stadt können immer weniger selber investieren, das ist bedauerlich. Dadurch werden uns Investoren immer wieder auch Vorgaben machen, was sie investieren, da kommen wir nicht drum herum. Aber gerade das Mühlenviertel ist ja eine Ecke, früher hat man vom Entre gesprochen, ich mag dieses Wort nicht, es ist

irgendwie ein Tor zu dieser Stadt, es ist ein altes Tor, da kam man in die Stadt und ein Stadttor hat eine Menge bedeutet im Mittelalter und auch noch heute. Und ich fahre jeden Tag an dieser Ecke entlang und sie ärgert mich als alter Gießener schon seit Jahrzehnten, solange ich mich ärgern kann. Und wenn man Wachstum möchte und Wachstum bedeutet, Leben in allen Bereichen, kulturelles Leben, soziales Leben, brauche ich Energie und Energie ist Engagement der Bürger, Energie ist Kreativität und Energie bedeutet auch, Geld in die Hand zu nehmen. Und ich weise noch einmal darauf hin, ich weiß, wie schwierig es ist. Diese Entwicklung des Mühlenviertels geht natürlich nur, und wenn man sich schon darauf bezieht, ich weiß jetzt nicht, wie die Kollegen von der CDU abstimmen werden, Frau Küster, zu Punkt 5, unter Punkt 2 werde ich es aber gleich wissen, aber im Bauausschuss hatten Sie sich da enthalten. Ich möchte aus zweierlei Gründen sagen, warum der Dammdurchstich wichtig ist.

Zum Einen steigert er enorm die Lebensqualität der Anwohner. Wer dort lebt, wer sich dort tagtäglich bewegt, weiß das, wie hinderlich dieser Bahndamm ist. Wie dieser Bahndamm uns von der Lahn trennt, einem wunderschönen Lebensort und deshalb brauchen wir diesen Dammstraßendurchstich, um überhaupt an die Lahn zu kommen und ich lebe dort, ich lebe dort seit meiner Kindheit. Dieser Bahndamm ist eine furchtbare Grenze und die wird wenigsten jetzt an einer Stelle durchbrochen werden, in der Dammstraße, und das ist durchweg positiv zu sehen, weil es die Menschen wieder an die Lahn heran bringt. Zweitens dieser Dammstraßendurchstich muss auch gesehen werden im Zusammenhang mit der Nordstadtbrücke, denn auch das wird ein Vorteil sein, dass man dort aus dem Mittelteil der Innenstadt hin durch kommt, und dann die Wahl hat nach Süden zur Sachsenhäuser Brücke oder nach Norden zur Nordstadtbrücke. Auch da hat dieser Dammstraßendurchstich eine enorme Nutzungsfunktion. Und zum Dritten muss man auch eins sehen, wenn dieser Durchstich da ist, wäre er nur für kleine Transporter einseitig befahrbar, also nicht für große Lkw's, nicht zur Abkürzung über das Neustädter Tor, wird es auch eine Entflechtung des enormen Fußgänger- und Verkehrsaufkommen an dieser Lage Neustädter Tor bringen. Das ist bis jetzt noch immer eine Katastrophe, hochgefährlich. Wenn dieser Dammstraßendurchstich da ist, wird sich der Verkehr für Personen und Fahrradfahrer enorm entflechten.

Und dann möchte ich noch darauf hinweisen, die Erschließung des Mühlenviertels, dass ich froh bin, dass da gebaut wird. Wir können jetzt noch lange darüber diskutieren, ob das jetzt schön ist oder nicht schön ist, dass da ein Seniorenheim als eine Art Lärmschutzwand zur Bahn steht. Mein Sohn wohnt übrigens auch da in der Weststadt, Studenten sind auch Lärmschutzwände, also das gibt es häufiger. Aber was ich sagen möchte, hier wird Wohnraum geschaffen, auch qualitativ hochwertiger Wohnraum und auch der ist in einer Stadt wichtig. Wir brauchen auch Menschen, die in diese Stadt auch Geld bringen, auch das ist eine Gemeinschaft von Menschen, sehr, sehr wichtig. Und wir werden einen neuen Ort haben, an dem auch alte Menschen leben. Diese alten Menschen möchten nicht irgendwo am Stadtrand leben, die freuen sich in der Stadt zu leben. Ich weiß das von meiner alten Großtante, sie lebt im Johannesstift. Das heißt, sie werden dort Wohnraum bekommen, wir werden dort auch neue Arbeitsplätze bekommen. Und wir werden und deshalb brauchen wir den Durchstich, auch den Verkehr vernünftig regeln können. Wenn wir den Dammstraßendurchstich nicht haben, wird die Verkehrssituation äußerst problematisch.

Und selbst wenn der Investor sagt, das brauche ich nicht, das interessiert mich nicht, aber mich als Bürger interessiert das. Unsere Fraktion, wir sind gemeinsam für diesen Dammstraßendurchstich und ich glaube, er wird Gießen wirklich voran bringen zu einer lebenswerteren Stadt zu werden. Danke."

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, Heimbach, Dr. Preiß, H. Geißler, Beltz, Küster, Merz und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR; Nein: LB/BLG, LINKE).

12.1. Endausbau der Straße Zu den Mühlen, Bau eines verbindenden Platzes an dieser Seite der Rodheimer Straße und Endausbau der Bootshausstraße Bau einer Unterführung und Erneuerung Dammstraße (teilweise)

STV/0563/2011

Umgestaltung des Einmündungsbereiches Lahnstraße in die Rodheimer Straße

Neugestaltung des Lahnuferbereiches;

- hier: 1. Zustimmung zur Beantragung eines Darlehens aus dem JESSICA-Stadtentwicklungsfond
 - 2. Bestätigung des Projektbeschlusses
- Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -

Antrag:

- "1. Ziffer 6 des Stadtverordnetenbeschlusses vom 21.6.2011, Vorlagennummer STV/0086/2011, wird wie folgt geändert: Der Beantragung eines Darlehens aus dem JESSICA-Stadtentwicklungsfonds für die unter Antragspunkt 1 - 5 genannten Maßnahmen wird zugestimmt.
- 2. Die Ziffer 1 -5 des o. g. Stadtverordnetenbeschlusses bleiben unverändert bestehen. Die Projektgenehmigung wird bestätigt."

Stadtverordnetenvorsteher Fritz teilt mit, dass der Magistrat in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr **die Vorlage auf Wunsch der CDU-Fraktion wie folgt geändert hat:**

- "1. Ziffer 6 des Stadtverordnetenbeschlusses vom 21.6.2011, Vorlagennummer STV/0086/2011, wird wie folgt geändert:

 Der Beantragung eines Darlehens aus dem JESSICA-Stadtentwicklungsfonds für die unter Antragspunkt 1 5 genannten Maßnahmen wird zugestimmt.
- Unverändert bestehen bleiben die nachfolgenden Ziffern des o. g.
 Stadtverordnetenbeschlusses und die Projektgenehmigung wird bestätigt:
 - 1. Dem Endausbau der Straße Zu den Mühlen und dem Bau eines Platzes an der

- Rodheimer Straße wird auf der Grundlage der vorgelegten Gestaltungsentwürfe zugestimmt.
- 2. Dem Umbau des Einmündungsbereiches Lahnstraße in die Rodheimer Straße wird auf der Grundlage des vorgelegten Gestaltungsentwurfes zugestimmt.
- 3. Der Neugestaltung des Lahnuferbereiches nördlich und südlich der Rodheimer Straße mit dem Mühlengarten wird auf der Grundlage des vorgelegten Gestaltungsentwurfes zugestimmt.
- 4. Dem Endausbau der Bootshausstraße wird auf der Grundlage des vorgelegten Straßenentwurfes zugestimmt.
- 5. Dem Bau einer Bahnunterführung auf der Höhe der Dammstraße und dem Umbau der Dammstraße bis zur Steinstraße wird auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe zugestimmt."

Die CDU-Fraktion bittet, die Ziffer 1 - 4 unter Pkt. 2 im Block abzustimmen und Ziffer 5 einzeln

Beratungsergebnis:

- Pkt. 1 der Vorlage STV/0563/2011 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, LINKE, FDP; Nein: FW, 1 LB/BLG, PIR; StE: 1 LB/BLG).
- Pkt. 2, Ziffer 1 4, wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, Nein: LB/BLG, LINKE; PIR).
- Pkt. 2, Ziffer 5 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, FDP; Nein: CDU, LB/BLG, LINKE, PIR).
- 13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/04 "Bergkaserne I";

STV/0537/2011

hier: Annahme- und Neueinleitungsbeschluss sowie Entwurfsbeschluss zur Offenlegung

- Antrag des Magistrats vom 09.11.2011 -

Antrag:

- "1. Der von der Fa. Faber & Schnepp Hoch- und Tiefbau GmbH & Co. KG, Bauunternehmen, Gießen, mit Schreiben vom 14.11.2011 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für ein Teilgebiet der Bergkaserne wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan des o. g. Vorhabenträgers als Bestandteil des Antrages (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen, er wird in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan integriert.
- 2. Für den in der Anlage 2 dargestellten Plangeltungsbereich eines Teilgebietes der Bergkaserne mit den Flurstücken in der Gemarkung Gießen, Fl. 17 Nr. 82/5, 82/7, 82/11, 82/13, 82/10 teilweise (tlw.) und 82/14 tlw. sowie Flur 18 Nr. 251 und 255/4 sowie Flur 53 Nr. 4 tlw. (Stand: November 2011) wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eingeleitet. Die im Jahr 2008 durchgeführten frühzeitigen

Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluss für den Gesamtbereich der Bergkaserne werden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 BauGB für den o. g. Teilbereich in das neue Aufstellungsverfahren eingebunden.

- 3. Der in der Anlage 2 beigefügte Bebauungsplan GI 03/04 "Bergkaserne I" wird mit seinen zeichnerischen, planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen sowie der wasserrechtlichen Satzung als Entwurf beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) wird beschlossen.
- 4. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse sind die Bekanntmachung sowie die Offenlegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen."

An der Aussprache nehmen Stv. Ahlgrimm und Bürgermeisterin Weigel-Greilich teil.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

14. Benennung von Straßen

STV/0543/2011

- Antrag des Magistrats vom 11.11.2011 -

Antrag:

- "1. Für das Baugebiet am Kropbacher Weg werden die zur Erschließung notwendigen Straßen entsprechend der Nummerierung in beigefügtem Planauszug (Anlage 1) wie folgt bezeichnet:
 - 1. ,Salomestraße'
 - 2. ,Clementiastraße'
- 2. Zur Erschließung für das Gebiet im Bebauungsplan Bereich "Bänninger" erforderlichen Straßen werden entsprechend der Nummerierung in beiliegendem Planauszug (Anlage 2) wie folgt gekennzeichnet:
 - 1. ,Bänningerstraße'
 - 2. Raiffeisenstraße'."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

15. Beteiligungsbericht 2010

STV/0560/2011

- Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -

Antrag:

"Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010 der Universitätsstadt Gießen wird beschlossen. Nach amtlicher Bekanntmachung in beiden Gießener Tageszeitungen (Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger) wird der Beteiligungsbericht in der Kämmerei während der allgemeinen Dienststunden öffentlich ausgelegt werden."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

16. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt - 51 - Leistungen gem. §§ 13, 19, 20, 27-35a, 41, 42 SGB VIII

- Antrag des Magistrats vom 15.11.2011 -

Antrag:

"Bei dem Kostenträger 0643010200 - Leistungen gem. §§ 13, 19...42 SGB VIII - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 1.400.000,00 € genehmigt.

Ursprünglicher Haushaltsansatz = 15.726.520,00 €.

Deckung aus

- 1. Kostenträger 0101120100 Informationsverarbeitung 145.000,00 €,
- 2. Kostenträger 0101120300 Telekommunikation 55.000,00 €,
- 3. Kostenträger 1682010100 Finanzwirtschaft allg. 600.000,00 €,
- 4. Kostenträger 0953040400 Bauleitplanung 100.000,00 €,
- 5. Kostenträger 0953040300 Sonderrechtsbereiche 50.000,00 €,
- Kostenträger 0953040200 Grundlagenplanung 50.000,00 €,
- 7. Kostenträger 0101100200 Gebäudeunterhaltung 250.000,00 €,
- 8. Kostenträger 1264010200 Gemeindestraßen 100.000,00 €,
- 9. Kostenträger 1372010200 Planung Freizeitanlagen 50.000,00 €."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

17. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Aus- STV/0575/2011 zahlung gemäß § 114g HGO - Amt 40 - Schülerbeförderung

- Antrag des Magistrats vom 22.11.2011 -

Antrag:

"Bei dem Kostenträger 0317010100 - Schülerbeförderung - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 80.000,00 € genehmigt.

Ursprünglicher Haushaltsansatz = 620.400,00 €.

Deckung aus Kostenträger 1682010100 - Finanzwirtschaft allgemein - 80.000,00 €."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

18. Haushaltssicherungskonzept 2012 - Antrag des Magistrats vom 14.11.2011 -

STV/0554/2011

Antrag:

"Das beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2012 wird beschlossen."

Stadtverordnetenvorsteher Fritz merkt an, dass **die FW-Fraktion** in der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss **folgenden** Änderungsantrag gestellt habe:

- "1. Städtische Betriebe gewerblicher Art sind zusätzlich zu den vorgeschlagenen Maßnahmen auf Privatisierung / Verkauf oder Kooperation mit dem Landkreis Gießen zu prüfen.
- 2. Für die Abwicklung der Abfallwirtschaft kann wie in den 17 Städten und Gemeinden der Landkreis Gießen im Rahmen einer vertraglichen Aufgabenübertragung beauftragt werden. Die Stadt muss diese Aufgabe nicht alleine und durch Doppelstruktur erledigen (2 Ämter, eigener Fuhrpark etc.). Trotzdem leistet sich die Stadt Gießen ein eigenes Stadtreinigungs- und Fuhramt. Es ist daher zu prüfen, ob durch geeignete Maßnahmen wie Aufgabenübertragung oder institutionelle Kooperation mit dem Kreis die Kosten in diesem Bereich gesenkt werden können (Organisationsänderungen, Zusammenlegungen, Teilprivatisierung o.ä.).
- 3. Bei der angedachten Gründung einer Dienstleistungsgesellschaft/Eigenbetrieb Stadtreinigungs- und Fuhramt und Garten- und Grünflächenamt ist auch die Möglichkeit einer Kooperation mit den Stadtwerken Gießen zu prüfen.
- 4. Zur Vermeidung der Erhöhung von Personalaufwendungen bzw. zum Abbau der Personalaufwendungen ist durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Verwaltungsorganisation der Stadtverwaltung Gießen auf Optimierung, Zusammenlegungen und Privatisierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Die Vorschläge sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 5. Zur Entlastung des Finanzhaushaltes ist bei Beschaffungen grundsätzlich auch die Möglichkeit des Kommunalleasings mit zu prüfen."

Stv. Merz, SPD-Fraktion, **beantragt**, <u>Ziffer 5 des FW-Antrages wie folgt zu</u> ändern:

"5. Im Rahmen der Prüfung soll untersucht werden, in welchen Bereichen Kommunalleasing zum Einsatz kommen kann und welche Auswirkungen sich dadurch auf die Finanzierung von Investitionen (Finanzhaushalt) und den Ergebnishaushalt ergeben. Des Weiteren sind die Auswirkungen auf Betriebe gewerblicher Art zu untersuchen. Die Prüfung soll sich auf folgende Investitionsobjekte konzentrieren PKW, LKW und sonstige Arten von Kommunalfahrzeugen, Maschinen und Geräten sowie EDV-Anlagen und Bürotechnik."

Die FW-Fraktion erklärt, dass sie die vorgeschlagene Änderung übernehmen.

Des Weiteren beantragen sie, die Ziffern 1 - 5 getrennt abzustimmen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, H. Geißler, Dr. Preiß, Merz, Dr. Deetjen und Oberbürgermeisterin Weigel-Greilich.

Die CDU-Fraktion beantragt, die Punkte des Änderungsantrags der FW-Fraktion getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1 des FW-Änderungsantrags wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW, Linke, FDP, LB/BLG; StE: PIR).
- Ziffer 2 des FW-Änderungsantrags wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, Linke; Ja: FW, FDP, LB/BLG; StE: PIR).
- Ziffer 3 des FW-Änderungsantrags wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW, Linke, FDP, LB/BLG; StE: PIR).
- Ziffer 4 des FW-Änderungsantrags wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, Linke, LB/BLG; Ja: FW, FDP; StE: PIR).
- Ziffer 5 des FW-Änderungsantrags wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, LB/BLG; StE: Linke, PIR).
- Die Magistratsvorlage, STV/0554/2011 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR; Nein: FW, FDP; StE: LB/BLG, Linke, PIR).

Die Sitzung wird für eine Pause von 21:40 Uhr - 22:10 Uhr unterbrochen.

- 19. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 20122. Lesung
- 19.1. 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2012 STV/0561/2011 Ergebnishaushalt Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -

Antrag:

"Siehe Anlage."

Beratungsergebnis:

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, gibt ihr Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Positionen der Magistrats-Änderungsliste schriftlich zu Protokoll (siehe Anlage).

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW; Nein: CDU, FDP, Linke, 1 LB/BLG; StE: PIR, 1 LB/BLG).

19.2. 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2012 -Finanzhaushalt

STV/0562/2011

- Antrag des Magistrats vom 16.11.2011 -

Antrag:

"Siehe Anlage."

Beratungsergebnis:

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, gibt ihr Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Positionen der Magistrats-Änderungsliste schriftlich zu Protokoll (siehe Anlage).

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW; Nein: CDU, FDP, Linke, 1 LB/BLG; StE: PIR, 1 LB/BLG).

19.2.1 2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2012 - Finanzhaushalt -

STV/0605/2011

- Antrag des Magistrats vom 29.11.2011 -

Antrag:

"Siehe Anlage."

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR; Nein: CDU, FW, FDP, Linke, 1 LB/BLG; StE: PIR; NT: 1 LB/BLG).

19.2.2 3. Änderungsliste zum Haushalt 2012 - Finanzhaushalt -

- Antrag der Oberbürgermeisterin vom 14.12.2011 -

Antrag:

"Siehe Anlage."

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR; Nein: CDU, FW, FDP, Linke, 1 LB/BLG; StE: PIR; NT: 1 LB/BLG).

19.3. Änderungsanträge der Fraktionen, des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte

Stadtverordnetenvorsteher Fritz gibt bekannt, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, dass jede Fraktion über eine Gesamtredezeit von 20 Minuten zum Haushalt verfüge.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erläutert kurz die 2. Änderungsliste zum Finanzhaushalt - STV/0605/2012.

Zur 2. Lesung sprechen **Stv. Dr. Greilich**, FDP-Fraktion, **Stv. Ahlgrimm**, Die Linke.Fraktion, **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, **Stv. Heller**, FW-Fraktion, **Stv. Sator**, CDU-Fraktion und **Stv. Merz**, SPD-Fraktion.

Die Fraktionen **FW, LINKE** und **FDP** sowie die Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, geben ihre Voten zu den in der nachfolgenden Liste aufgeführten Änderungsanträgen schriftlich zu Protokoll.

Somit sind folgende Abstimmungen zur Änderungsliste zu Protokoll gegeben:

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2012 - Ergebnishaushalt -

Fraktion	Kostenträger Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Änderung (E = Erträge, A = Aufwendung)	Abstimmungsergebnis
LB/BLG	0101050300 Betreuung Stadtverordnetenvers. u. Aussch.	6860100 Aufw. f. Verfügungsmittel	A -1.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LB/BLG	0101050500 Betreuung Magistrat	6860100 Aufw. f. Verfügungsmittel	A -1.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LB/BLG	0101080300 Verwaltung der Finanzen	5610000 Ertr. aus Beteil. an verb. Unternehmen	E -365.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW, LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LB/BLG	0101080300 Verwaltung der Finanzen	7125000 Zusch. f. lfd. Zwecke verb. Untern., Sonderverm.	A -100.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LB/BLG	0101080300 Verwaltung der Finanzen	7420000 Kapitalertragssteuer	A -57.850 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW, LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LINKE	0540030300 Erstellung u. Abrechnung	7155000 sonst. Erstatt. an	A +350.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW;

	Gießen-Pass	verbundene Unternehmen		Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).	
LINKE	0540030900 Förderung von Trägern sozialer Einrichtungen	7128000 Zuschüsse für Ifd. Zwecke an übrige Bereiche	A +1.200.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).	
LB/BLG	0644010100 Städtische Kinderbetreuungs-einricht Kindergarten	6201000 Entg. für geleistete Arbeitszeit	A +129.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).	
FDP	Die Zur Zeit noch nicht beset (TÖD 13) für Dez III wird aus gestrichen			Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, FDP, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).	
LB/BLG	Stellenplan Teil D zusätzlich Reinigungsdienst	ilzeit) im Bereich	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).		
LB/BLG	Stellenplan Teil B: zusätzlich 3,5 Stellen im Bereich Kindertagesstätten Mehrheitlich abgelehr (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).				
LB/BLG	Die Kennzahl für das Produk Haushaltsplanentwurf 2012	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).			
LB/BLG	Der Magistrat beauftrag den Bestand an preiswe Zweipersonenhaushalte Ausführung schon 2012 Der Magistrat stellt dafür Dividende der Wohnbau verzichtet und zusätzlich	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB). Die FW-Fraktion stimmt Ziffer 1 zu und lehnt			
LB/BLG	Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat sind viermal jährlich über den Stand des Haushaltsvollzuges durch den Stadkämmerer zu informieren (§ 28 GemHVO-Doppik).			Ziffer 2. ab. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).	
FW	Im Haushaltsplanentwurf 20 beim Magistrat die neu einge	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).			

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2012 - Finanzhaushalt -

Fraktion	Kostenträger / Bezeichnung	Sachkonto	Änderung (E = Einzahlung, A = Auszahlung)	Abstimmungsergebnis
FW	0101120100 Erwerb v. Hard- und Software	0851010	A -100.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR, BLG; NT: LB).
FW	0101080300 Investitionzuschuss SHG	0355010	A -250.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR, BLG; NT: LB).
CDU	1682010100 Ankauf Gesellschafteranteile	1690010	A -26.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: CDU, FW, FDP, BLG; StE: PIR; NT: LB).
FW	0101130200 Erwerb von Grundstücken	0509020	E +100.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE;

	allgemein			Ja: FW, FDP; StE: CDU,
	0			PIR, BLG; NT: LB).
FW	0319010100 Hard- und Software/Netz- werkeinricht	0851010	A -100.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR, BLG;
				NT: LB).
FW	0319010100 Schule@Zukunft	0860010	A -175.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP; Ja: FW; StE: CDU, BLG; NT: LB).
FW	0425010100 Erwerb von Musikinstrumenten u. Ä. Musikschule	0860010	A -14.000 €	•
LB/BLG	1055010300 Zuschüsse sozialer Wohnungsbau	0355010	A +235.000 €	
FW	0953040400 Planung Bahnhofvorplatz i. R. d. LSG	0911010	A -180.000 €	
FW	010110030 Außenanlagen Kino Berliner Platz 0	0561010	A -200.000 € VE +200.000 €	Mehrheitlich abgelehnt
FW	0101100300 Photovoltaik- /Solarthermieanlagen	0700110	A +0 € VE -300.000 €	Mehrheitlich abgelehnt
CDU	0101100300 Umbau und Sanierung Herdrschule	0530110	A +1.000.000 € VE +1.000.000 €	Mehrheitlich abgelehnt
CDU	0101100300 Sanierung Theodor-Litt- Schule	0530110	A -1.000.000 € VE -4.705.000 €	Mehrheitlich abgelehnt
CDU	0101100300 Sanierung Theodor-Litt- Schule	0530110	VE +3.705.000 €	·
FW	0101100300 Sanierung Theodor-Litt- Schule	0530110	A -285.000 € VE -4.705.000 €	Mehrheitlich abgelehnt
FW	0101100300 Sanierung Theodor-Litt- Schule	0530110	VE +3.500.000 €	
CDU	1056010100 Restaurierung d. Basilika auf d. Schiffenberg	0551010	A -750.000 €	
OBR Lüli	0101100300 San. u. Umbau "Backhaus" am Dorfplatz Lützellinden	0539010	A +20.000 €	
FW	0101100300 Sanierung Theodor-Litt-Schule Haus A	0530110	A +0 € VE -250.000 €	•

	u. B			FW, BLG; StE: CDU,
FW	0101100300 Sanierung Theodor-Litt- Schule Haus A u. B	0530110	VE +225.000 €	(Nein: SPD, GR, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	0101100300 Sanierung u. Modernisierung Bügerzentr. Nordstadt	0551010	A -100.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, LINKE, BLG; Ja: CDU, FDP; StE: PIR; NT: LB).
CDU	O101100300 Treppe u. Fahrradparkh. Bahnhofsvorpl. i. R. d. LGS	0551010	A -1.500.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, LINKE, FDP; Ja: CDU, BLG; NT: LB).
FW	0101100300 Treppe u. Fahrradparkh. Bahnhofsvorpl. i. R. d. LGS	0551010	A -1.000.000 € VE -2.200.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	O101100300 Treppe u. Fahrradparkh. Bahnhofsvorpl. i. R. d. LGS	0551010	VE +500.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	O101100300 Behindertenger. Zugänge u. Austattung von Schulen	0530110	A -100.000 € VE +100.000 €	ı
FW	0101110100 Erwerb v. bewegl. tech. Geräten Bauhof Tiefbauamt	0840010	A -150.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, - FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Sanierung Philosophenstraße	0613010	A +100.000 € VE +350.000 €	
FW	1264010100 Sanierung Philosophenstraße	0613010	A +150.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, FDP, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LB/BLG	1264010100 Ringallee, Fahrbahn- u. Gehwegsanierung	0613010	A -500.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Ringallee, Fahrbahn- u. Gehwegsanierung	0613010	A -31.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; LINKE; Ja: CDU, FDP, BLG; NT: LB).
FW	1264010100 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz i. R. d. LSG	0614010	A -1.000.000 € VE -3.500.000 €	
FW	1264010100 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz i. R. d. LSG	0614010	VE +2.500.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Rad- u. Fußwegbrücke Westst. Sudet.str. i. R. D. LGS	0619010	A -325.000 €	
LB/BLG	1264010100 Bahndurchstich Dammstraße	0619010	A -300.000 €	

	T			
CDU	1264010100 Bahndurchstich Dammstraße	0619010	A -300.000 €	(Nein: SPD, GR, FW, LINKE, FDP; Ja: CDU, BLG; StE: PIR; NT: LB).
LB/BLG	1264010100 Umgest. u. San. Dammstr. zw. Bahn u. Steinst. BM LGS	0619010	A -20.000 €	(Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Umgest. u. San. Dammstr. zw. Bahn u. Steinst. BM LGS	0619010	A -20.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, LINKE, FDP; Ja: CDU, BLG; StE: PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Fußgängerüberquerung Ostanlage i. R. D. LGS	0613010	A -25.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, LINKE; Ja: CDU, FDP; StE: BLG, PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Umgestaltung Schlossgasse i. R. d. LSG	0613010	A +40.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, LINKE; Ja: CDU, FDP; StE: BLG, PIR; NT: LB).
LB/BLG	1264010100 Endausbau Bootshausstraße	0613010	A -260.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
OBR Lüli	1266040100 Fußgängerüberquerungshilfe Rheinfelser Str.	0611010	A +10.000 €	Wird von der SPD- Fraktion übernommen. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP; Ja: FW, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	1372010100 Techn. Geräte und Austattungsgegenstände	0840010	A -50.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP; Ja: FW; StE: CDU, PIR, BLG; NT: LB).
FW	1372010200 San. Außenanlagen Georg- Büchner-Schule	0561010	A +0 €	
FW	1372010200 Sanierung Außenanlagen Ludwig- Uhland-Schule	0561010	A +0 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR, BLG; NT: LB).
FW	1372010200 Sanierung Außenanlage Gesamtschule Ost	0561010	A +0 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR, BLG; NT: LB).
CDU	1372010200 Außenanlage Jugendherberge BM LSG	0561010	A -195.000 €	(Nein: SPD, GR, FW, LINKE, BLG; Ja: CDU, FDP; StE: PIR; NT: LB).
FW	1372010200 Umgestaltung Außenanlagen RHS	0561010	A +0 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR, BLG; NT: LB).
FW	1372010200 Umgestaltung Außenanlage Herderschule	0561010	A +0 €	
FW	1372010200 Sanierung Sportanlage Rödgen	0533010	A -75.000 € VE +75.000 €	Mehrheitlich abgelehnt

	I		·	
CDU	1372010200 Entwicklung u. Aufwertung der Lahnaue i. R. D. LSG	0623010	A -738.500 €	(Nein: SPD, GR, FW, LINKE, FDP, BLG; Ja: CDU; StE: PIR; NT: LB).
FW	1372010200 Neugestaltung Außenanlagen Brüder- Grimm-Sch.	0533010	A -70.000 €	(Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	1372010200 Aufwertung Korridore zw. LSG Kernzone u. Lahn	0623010	A -250.000 €	(Nein: SPD, GR, FW, LINKE, FDP, BLG; Ja: CDU; StE: PIR; NT: LB).
FW	1372010200 Sanierung Außenanlagen Helmut-von-Bracken-Sch.	0561010	A +0 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
CDU	1264010100 Neuanlage Schulverkehrsgarten BM LSG	0561010	A -500.000 €	(Nein: SPD, GR, FW, LINKE; Ja: CDU, FDP, BLG; StE: PIR; NT: LB).
FW	0101110400 Erwerb Kraftfahzeuge - Amt für IT	0810010	A +0 €	(Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	0101110400 Erwerb Kraftfahzeuge - Straßenverkehrsabt	0810010	A +0 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB)
FW	0101110400 Erwerb Kraftfahr-zeuge - Gefahrgut-überwachung	0810010	A +0 €	(Nein: SPD, GR, LINKE, BLG; Ja: FW, FDP; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	1268010200 Erwerb von bewegl. Geräten - Winterdienst	0802010	A -10.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	1268010200 Erwerb von bewegl. Geräten - Winterdienst	0810010	A -40.000 € VE -100.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	1268010100 Erwerb von bewegl. Geräten - Straßenreiningung	0810010	A -165.000 € VE -100.000 €	(Nein: SPD, GR, LINKE, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR).
FW	1268010100 Erwerb von bewegl. Geräten - Straßenreiningung	0890010	A -10.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	1162010100 Erwerb von bewegl. Geräten - Müllabfuhr	0810010	A -360.000 € VE -150.000 €	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
FW	1162010200 Erwerb von Kraftfahrzeugen BgA-Altglas	0810010	A +0 €	Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE, FDP, BLG; Ja: FW; StE: CDU, PIR; NT: LB).
LINKE	Gießener Schulen nach Dringlichkeit (Zustand der Gebäude etc.) mit höheren Mitteln für Sanierung ausstatten: 5.000.000, Deckungsvorschlag: Absage der Landesgartenschau (Kernbudget = siehe in der Liste Landesgartenschauinvest. nicht als Begleitmaßn. gekennzeichnete Invest.) u. Begleitmaßn. 662010001 (Bahndurchstich) / 672012009 (Verlagerung Übungsplatz) / 662009038 (Brücke) und Streichung des Fahrradparkhauses bei Investition 662009033-			Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LINKE, BLG; StE: CDU, PIR; NT: LB).

FW	Bemerkungen und Anweisung Beschlussfassung (Änderunge Von erheblicher finanzieller B Anschaffungs- oder Herstellun Folgekosten jährlich einen Be Über die Durchführung von In finanzieller Bedeutung entsch	ahmen, a) deren berschreiten b) deren perschreiten. n mit erheblicher	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, LINKE; Ja: FW; StE: CDU, FDP, PIR, BLG; NT: LB).	
	Zuständig	Kosten	Folgekosten	
	Der Fachdezernent zus. mit dem Kämmerer	ab 50.000 - 150.000 €	ab 25.000 - 50.000 €	
	Der Magistrat	ab 150.000 - 300.000 €	ab 50.000 - 75.000 €	
	Die StvVersammlung	ab 300.000 €	ab 75.000 €	

Der **Vorsitzende** lässt bestätigen, dass es bei dem mündlich wie schriftlich geäußerten Stimmverhalten der Fraktionen zu den Änderungslisten bleibt und die Fraktionen mit der gewählten Verfahrensweise einverstanden sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig bestätigt.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, bittet um eine Sitzungsunterbrechung. Es müsse die Frage geklärt werden, ob die reguläre Sitzungsdauer die bis 24:00 Uhr gelte an diesem Abend verlängert werde. Grund seien die vielen Zuschauer, die extra wegen der Tagesordnungspunkte gekommen seien, die sich mit der Thematik Landesgartenschau befassen.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, beantragt, den Ältestenrat einzuberufen.

Die Sitzung wird von 23:35 Uhr bis 23:50 Uhr unterbrochen.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz teilt mit, der Ältestenrat habe sich darauf verständigt, dass im Anschluss an die Haushaltsberatungen und dem Teil B (Anträge der Fraktionen, die **ohne** Aussprache behandelt werden) auf jeden Fall noch die Tagesordnungspunkte 29, 30, 31 und 39 aus dem Teil C (Anträge der Fraktionen, die **mit** Aussprache behandelt werden) zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen werden. Weiter merkt Vorsitzender an, jede Fraktion erhält eine Gesamtredezeit von 5 Minuten.

19.3.1 Finanzierung von Sozialem Wohnungsbau in Gießen - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 17.11.2011 -

STV/0569/2011

Antrag:

"1. Der Magistrat beauftragt die Wohnbau GmbH, durch Bau-Maßnahmen den

Bestand an preiswerten Sozialwohnungen für Ein- und Zwei-Personenhaushalte zu vergrößern und mit Planung und Ausführung schon 2012 zu beginnen.

- 2. Der Magistrat stellt dafür 600.000 Euro zur Verfügung, indem er
 - auf die Dividende der Wohnbau GmbH für 2012 in Höhe von ca. 365.000,- € verzichtet und
 - zusätzlich 235.000 Euro in den Haushalt 2012 stellt."

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Ja: 1 LB/BLG, 1 Linke; StE: 1 Linke, PIR; NT: 1 LB/BLG).

19.4. 3. Lesung

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012 - Antrag des Magistrats vom 06.09.2011 -

STV/0344/2011

Antrag:

"1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2012 wird gemäß §§ 114a ff. HGO beschlossen. Der Haushalt, der aus Gesamthaushalt, Teilhaushalten und Stellenplan besteht, schließt

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf mit dem Gesamtbetrag der Aufwendung auf	181.536.366,00 € 209.570.768,00 €	
im außerordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	15.000,00 € 0,00 €	
mit einem Fehlbedarf von Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf -	28.019.402,00 € 21.358.882,00 €	
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	12.521.900,00 € 34.485.130,00 €	
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	30.597.230,00 € 23.820.000,00 €	
mit einem Finanzmittelfehlbedarf von	36.904.882,00 €	
ab.		

- 2. Das dem Haushaltsplan 2012 beigefügte Investitionsprogramm gemäß § 114h III HGO wird beschlossen.
- Die im Haushaltsplan 2012 enthaltene Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 114h I HGO wird zur Kenntnis genommen."

Zur 3. Lesung sprechen **Stv. Dr. Preiß**, FDP-Fraktion, **Stv. Beltz**, Linke.Fraktion, **Stv. Koch-Michel**, Fraktion LB/BLG, **Stv. H. Geißler**, FW-Fraktion, **Dr. Deetjen**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Stv. Möller**, CDU-Fraktion und **Stv. Merz**, SPD-Fraktion. Die Reden (3. Lesung) sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beratungsergebnis:

Die im Entwurf vorliegende Haushaltssatzung wird mit den darüber hinaus beschlossenen Änderungsantragen mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR; Nein: CDU, FW, Linke; FDP; LB/BLG; StE: PIR).

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte 20 - 28 in einem Block zur Beschlussfassung aufzurufen. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, gibt bekannt, dass einige Mitglieder seiner Fraktion an der Sitzung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit nicht mehr teilnehmen werden. Die restlichen anwesenden CDU-Mitglieder werden geschlossen als Fraktion an den Beratungen teilnehmen.

Teil B (Anträge der Fraktionen, die <u>ohne</u> Aussprache behandelt werden):

20. Konzept Berufsfeuerwehr/Gefahrenabwehrzentrum
 - Antrag der FW-Fraktion vom 17.11.2011 -

STV/0568/2011

Antrag:

"Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, zeitnah ein Konzept für die Zukunft der Feuerwehr (Berufs- und Freiwillige Feuerwehr) in Gießen vorzulegen. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die räumliche Situation der Feuerwehr gelegt werden. Welchen Weg verfolgt der Magistrat bezüglich eines Neubaus, eventuell in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gießen, dem Katastrophenschutz und anderen Einrichtungen der Gefahrenabwehr (Stichwort Gefahrenabwehrzentrum)?"

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

 Gedenken an die Verfolgung der Sinti
 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FW und LB/BLG vom 21.11.2011 - STV/0571/2011

Antraa:

"Der Magistrat wird beauftragt, zum Gedenken an die von dem NS-Regime umgebrachten Sinti aus Gießen am Jahrestag ihrer Deportation regelmäßig einen

Kranz am Mahnmal der Opfer der Nazi-Zeit niederzulegen, erstmals am 16. März 2012.

Weiterhin wird der Magistrat beauftragt zu prüfen, wie durch eine Veranstaltung und/oder eine Ausstellung über die Verfolgung der Sinti und Roma aus rassischen Gründen aufgeklärt werden kann. Dabei sollte nicht nur auf die Verfolgung während der Nazi-Zeit eingegangen werden, sondern auch auf die aktuelle Lage der Volksgruppe in Europa."

In der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses wurde der Antrag durch den ersetzenden Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GR, FW und LB/BLG wie folgt geändert:

"Der Magistrat wird beauftragt, zum Gedenken an die von dem NS-Regime verfolgten Sinti aus Gießen am 16. März 2012, dem Jahrestag der Deportation, einen Kranz am Mahnmal der Opfer der Nazi-Zeit niederzulegen.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Fraktionen ein Konzept zu entwerfen, wie darüber hinaus und in Zukunft angemessen und würdig an die Verfolgung der Sinti und Roma erinnert werden kann."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

22. Berichtsantrag zu den eingesetzten Mittel bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz

STV/0578/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten:

- Geben Sie bitte eine detaillierte schriftliche Aufstellung, wofür die für 2011 bei der Invest.-Nr. 662009033 ,Umgestaltung Bahnhofsvorplatz' eingesetzten Mittel in Höhe von 500 000,- Euro verwendet worden sind?
- 2. Wie viele Mittel wurden für die Invest.- Nummern 662009029 'Bahnhofstraße, 662009033, Umgest. Bahnhofsvorplatz, 612009001 Planung Bahnhofsvorplatz und 652011005 'Treppe u. Fahrradparkhaus' in den Jahren 2009, 2010 und 2011 angesetzt und b) wie viel wurde davon ausgegeben?
- 3. Wie viel muss in den vier Invest.-Nummern für 2012 angesetzt werden, auch bei einer Streichung des Projektes "Umgestaltung Bahnhofsvorplatz."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

23. Berichtsantrag zur Sanierung Bahnhofsvorplatz; hier: Kosten der bisherigen Planung

STV/0580/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- 1. In welcher Höhe und für welche Maßnahmen sind bisher Kosten für die Umgestaltung Bahnhofsvorplatz entstanden?
- 2. Welche Bereiche wurden bereits ausgeschrieben und welche in Auftrag gegeben?
- 3. Für welche Planungen gibt es bereits vertragliche Bindungen und mit welchen evtl. zu entstehenden Kosten muss bei Einstellung der Maßnahme gerechnet werden?
- 4. Welche Maßnahmen, die den Buslinienverkehr betreffen werden noch geplant und ausgeführt."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

24. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme; hier: Prüfung des Gebietes am Bahnhof

STV/0582/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob für das Gebiet am Bahnhof eine nach § 136 BauGB Städtebauliche Sanierungsmaßnahme angewandt werden kann."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

25. Berichtsantrag zum Kauf von RMV-Anteilen - Antrag der CDU-Fratkion vom 21.11.2011 -

STV/0583/2011

Antrag:

"Der RMV-Anteil wurde seinerzeit von den Stadtwerken Gießen auf Anweisung des damaligen Oberbürgermeisters Manfred Mutz gekauft, um der Stadt Kosten zu ersparen. Der damalige OB hat auch seinerzeit dem Aufsichtsrat der RMV angehört. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, zu folgenden Fragen bezüglich des Kaufs von RMV-Anteilen Stellung zu nehmen:

- 1. Welche Intention steht hinter dem Ankauf von RMV-Anteilen?
- 2. Wird es notwendig dann eine eigene städtische Nahverkehrsgesellschaft zu gründen und wenn ja, welche Personalkosten entstehen dabei?
- 3. Welche sonstigen Kosten und Abgaben wie Steuern etc. kommen auf die SWG zu, die bei einem Verkauf der Gesellschafteranteile vom RMVentstehen?

4. Was wird aus den Kosten des gesamten Nahverkehrs, d. h. welche Kosten entstehen dann bei der Stadt anstelle bei der Stadtwerke AG?"

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

26. Antrag zur Vervollständigung des Internetauftritts der Universitätsstadt Gießen

STV/0584/2011

- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu prüfen, ob nicht nach dem Relaunch des städtischen Internetauftrittes unter dem Stichwort 'Gremien' in Zukunft die personelle Besetzung weiterer Gremien wie z.B. Aufsichtsräte, Kommissionen, Beiräte etc. eingestellt werden könnte."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

27. Bekanntgabe der Standorte von Kinderspielplätzen in der Universitätsstadt Gießen

STV/0586/2011

- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Die Universitätsstadt Gießen hat das sehr ausführliche "Gießener Handbuch für Kinder, Jugendliche und Familien" herausgegeben, das auch im Internet einzusehen ist. Wir bitten den Magistrat zu prüfen, wie dieses Werk und der Internetauftritt der Stadt um die Darstellung und Hinweise auf Gießener Kinderspielplätze zu erweitern ist."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

28. Besetzung unbefristete Erzieher/-innen Stellen

STV/0587/2011

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Die Der Magistrat wird beauftragt, insgesamt drei bisher befristete Erzieher-Stellen unbefristet zu besetzen."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Teil C (Anträge der Fraktionen, die mit Aussprache behandelt werden):

29. Fäll- und Rodungsausschreibung von 360 Bäumen - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -

STV/0458/2011

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, warum die städtischen Gremien nicht im Vorfeld der beabsichtigten Ausschreibung über die Fällund Rodungsausschreibung unterrichtet worden sind.

Mit welchen Kosten wird gerechnet und in welcher Haushaltsstelle sind diese eingestellt und werden abgerechnet.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten zu berichten, ob die Maßnahme unter die Genehmigungspflicht der zuständigen Naturschutzbehörde fällt und eine diesbezügliche Stellungnahme bereits vorliegt.

Weiterhin wird um Darstellung gebeten, in welchen Bereichen und in welcher Anzahl die Bäume gefällt werden sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung rügt das Vorgehen des Magistrats hinsichtlich der Bürgerbeteiligung und mahnt in Zukunft Bürgerbeteiligungsverfahren rechtzeitig, das heißt vor Einleitung einer wichtigen städtebaulichen Maßnahme, durchzuführen. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Magistrat hierzu eine verbindliche Erklärung."

Die Tagesordnungspunkte 29, 30, 31 und 39 werden gemeinsam zur Aussprache aufgerufen.

An der gemeinsamen Aussprache beteiligen sich die Stv. Beltz, Wagener, Heimbach, H. Geißler, Koch-Michel, Oechler und Dr. Deetjen.

Die CDU-Fraktion verlässt um 02:12 Uhr aus Protest die Sitzung, da von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Änderungsantrag zur Vorlage STV/0464/2012 am Ende der Aussprache vorgelegt wird, nachdem alle Fraktionen die Redezeit ausgeschöpft haben.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz weist darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr die Abs. 1 - 3 von der Antragstellerin für erledigt erklärt wurden.

Beratungsergebnis:

Absatz 4 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LB/BLG, Linke; StE: PIR).

30. Rechtliche und wirtschaftliche Folgen bei Rückgabe der Landesgartenschau 2014

STV/0464/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob zum jetzigen Zeitpunkt noch eine tatsächliche Möglichkeit besteht, die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014, aufgrund der enormen finanziellen Belastung für die Stadt Gießen, abzusagen.

Die Auswirkungen rechtlicher und wirtschaftlicher Folgen sind darzustellen."

Stadtverordnetenvorsteher Fritz merkt an, dass der Antrag in der Sitzung des HFWRE-Ausschusses von der Antragstellerin, Stv. Koch-Michel, wie folgt geändert wurde:

- "1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen und **bis zum**12. Januar 2012 zu berichten, ob zum jetzigen Zeitpunkt noch eine tatsächliche Möglichkeit besteht, die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014, aufgrund der enormen finanziellen Belastung für die Stadt Gießen, abzusagen. Die Auswirkungen rechtlicher und wirtschaftlicher Folgen sind darzustellen.
- 2. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend eine Bürgerbefragung zur Landesgarten-schau 2014 durchführen zu lassen.
- 3. Der Magistrat wird aufgefordert, einen vorläufigen Bau- und Vergabestopp für das Projekt Landesgartenschau 2014 vorzunehmen, bis die rechtlichen und finanziellen Auswirkungen einer Absage vorliegen.
- 4. Der Magistrat wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Kosten für die Landesgartenschau im Haushaltsplan 2012 und in den Finanzplänen bis 2015 durch die Einsparung von anderen Haushaltsmitteln, gedeckt werden. Die Einsparung von Haushaltsmittel zu Gunsten der LaGa ist darzustellen."

Stv. Dr. Deetjen stellt für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen **folgenden ersetzenden Änderungsantrag:**

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, wie hoch die Kosten sind, die bisher für die Landesgartenschau ausgegeben wurden und wie viel auf Grund rechtlicher Verpflichtungen noch ausgegeben werden muss bzw. welche Aufträge bereits erteilt worden sind. Weiterhin ist darzustellen, welche Infrastrukturprojekte im Rahmen der LGS mit Förderprogrammen durchgeführt werden und welche schon länger geplanten und notwendigen Projekte auch ohne Förderung in absehbarer Zeit durchgeführt werden müssen und welche Mehrkosten dadurch entstehen würden."

Stv. Geißler, FW-Fraktion, beantragt, die Punkte des LB/BLG-Antrages getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1 des geänderten Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, Ja: FW, LB/BLG, Linke, PIR).
- Ziffer 2 des geänderten Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: FW, LB/BLG, Linke, PIR).
- Ziffer 3 des geänderten Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LB/BLG, Linke; StE: PIR).
- Ziffer 4 des geänderten Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: LB/BLG, Linke; StE: PIR).

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR; Nein: FW, LB/BLG, 1 Linke; StE: 1 Linke, PIR).

31. Absage der Landesgartenschau

STV/0473/2011

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat wird aufgefordert,

- a) die für das Jahr 2014 in unserer Stadt geplante Landesgartenschau abzusagen.
- b) dafür zu sorgen, dass alle Abgeordnete, die für die LaGa stimmen, eine Bürgschaft im Rahmen der zu erwartenden Schulden übernehmen und somit privat haftbar gemacht werden."

Stv. Geißler, FW-Fraktion, **stellt den Antrag**, <u>die Vorlage um einen neuen Pkt. c)</u> <u>zu ergänzen</u>, er lautet wie folgt:

"c) dafür zu sorgen, dass alle Abgeordnete, die gegen die LaGa stimmen, für die Kosten dieser Absage eine Bürgschaft übernehmen und somit privat haftbar gemacht werden."

Es wird um getrennte Abstimmung gebeten.

Beratungsergebnis:

- Punkt a) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LB/BLG, Linke; StE: PIR).
- Punkt b) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LB/BLG, 1 Linke; StE: 1 Linke, PIR).
- Punkt c) (Änderungsantrag der FW-Fraktion) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, 10 GR, PIR; Ja: FW, 1 GR; StE: Linke).

32. Erhöhung von Abgaben und Gebühren

STV/0460/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, in welchen weiteren Bereichen die Absicht besteht Abgaben und Gebühren zu erhöhen. Die Antwort sollte bis zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2011 erfolgen."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

33. Radweg Philosophenstraße

STV/0465/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, zu welchem Zeitpunkt der Fuß- und Radweg in der Philosophenstraße geplant und umgesetzt wird. Weiterhin wird gebeten, zu berichten:

- 1. Wann wurden Fördermittel beantragt und gibt es dazu schon eine Antwort?
- 2. Liegen bereits Gutachten betr. der Brücke und Planungen zum Verlauf des Fuß- und Radfahrweg fest?
- 3. Mit welcher Investitionssumme wird für die Umsetzung gerechnet und aus welcher Haushaltsstelle werden die Mittel bereitgestellt?

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

34. Poppe-Keller und Baumbestand sichern

STV/0466/2011

- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.10.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat wird aufgefordert, im in Vorbereitung befindlichen Bebauungsplan GI 04/26 'Leihgesterner Weg/Elsa-Brandström-Straße' zur künftigen Nutzung des gegenwärtigen Poppe-Areals, dafür Sorge zu tragen, dass

 Der sogenannte 'grüne Hügel' im unteren Bereich des Geländes mitsamt des Baumbestandes vollständig erhalten und geschützt wird, sowie künftig für die Öffentlichkeit zugänglich ist,

- 2. Die historischen "Poppe-Keller" nicht überbaut und/oder verfüllt werden und auch nach einer Bebauung des restlichen Areals erhalten und zugänglich bleiben,
- 3. Vor dem Hintergrund des jüngsten GMA-Gutachtens und den darin getroffenen Aussagen zur Versorgung der Stadt mit Lebensmittelmärkten, die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes ausgeschlossen wird,
- 4. Ausschließlich Wohnbebauung und ggf. Büroflächen in nachbarschaftsverträglicher Verdichtung und Flächenausnutzung genehmigungsfähig werden."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

35. Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V."

STV/0468/2011

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2011 -

Antrag:

"Die Stadt Gießen tritt dem Bündnis 'Kommunen für biologische Vielfalt e.V.' als Gründungsmitglied bei."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

36. Bildung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.10.2011 -

STV/0470/2011

Antrag:

"Es soll eine überfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet werden, um die Bezeichnung des jetzigen Sozialausschusses zu optimieren."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

37. Vorbereitung des Winterdienstes

STV/0474/2011

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat wird aufgefordert, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, um im kommenden Winter die Wiederholung von Stürzen, Prellungen oder Knochenbrüchen u. a. als Folge von Unfällen, hervorgerufen durch Glatteis, zu verhindern. Dazu ist es erforderlich, ausreichend Streumaterial zu verwenden."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

38. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 02.11.2011 ANF/0502/2011 - Angefallene Kosten für die Landesgartenschau -

Anfrage:

"Wie hoch waren die bis zum 31. Juli 2011 angefallenen Kosten für die Landesgartenschau?

Bitte geben Sie eine Aufstellung der einzelnen Kostenpositionen, und gliedern Sie diese

- nach Investitionen und Durchführungskosten und
- nach Investitionen direkt zur Landesgartenschau und sog. Begleitmaßnahmen."

Weiterhin beantrage ich, die Anfrage mit der Antwort des Magistrats auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

39. Baumfällungen

STV/0574/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat wird gebeten,

- unverzüglich spätestens zum 29.11.2011 das genaue und vollständige Verzeichnis aller Bäume und Gehölze, die gefällt werden sollen, mit Artname und dem Grund für die Fällung sowie den Lageplan mit den Standorten der betroffenen Bäume der Öffentlichkeit und den Stadtverordneten vorzustellen,
- spätestens zur Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember 2011 diese Baumliste mit den Informationen über die Qualität des Gehölzes, den Stammdurchmesser, die Baumhöhe, die Kronenbreite und - wenn möglich -

- Angaben zu Baumhöhlen, Stammristen und sonstigen Nisthabitate für Tiere zu erweitern und vorzulegen,
- eine Übersicht gesetzlich geschützter Biotope auf dem Gelände der Landesgartenschau zu geben und
- 4. über die Prüfung der Auswirkungen auf das angrenzende Natura 2000-Gebiet in der Wieseckaue (FFH-Verträglichkeitsprüfung) zu berichten.
- 5. Der Magistrat wird weiterhin aufgefordert, im Dezember keinesfalls mit den Fällund Rodungsarbeiten zu beginnen."

Stv. Dr. Labasch <u>beantragt</u> für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag wie folgt zu ändern:

"Der Magistrat wird gebeten,

- das genaue und vollständige Verzeichnis aller Bäume und Gehölze, die gefällt werden sollen, mit Artname und dem Grund für die Fällung sowie den Lageplan mit den Standorten der betroffenen Bäume der Öffentlichkeit und den Stadtverordneten vorzustellen,
- 2. eine Übersicht gesetzlich geschützter Biotope auf dem Gelände der Landesgartenschau zu geben und
- 3. über die Prüfung der Auswirkungen auf das angrenzende Natura 2000-Gebiet in der Wieseckaue (FFH-Verträglichkeitsprüfung) zu berichten.
- 4. Der Magistrat wird weiterhin aufgefordert, keinesfalls mit den Fäll- und Rodungsarbeiten zu beginnen, bevor das Benehmen mit der UNB hergestellt ist."

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, FDP, PIR; Nein: LB/BLG; StE: Linke).

Der so geänderte Antrag, STV/0574/2011, wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, FDP, PIR; StE: Linke; NT: LB/BLG):

40. Ringallee

STV/0576/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündni/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Die bisherige Planung für die Fahrbahn- und Gehwegsanierung der Ringallee wird nicht weiterverfolgt.

Der Magistrat wird aufgefordert darzustellen, welche Mindest-Maßnahmen für eine Sanierung der Ringallee erforderlich sind.

Es sollen keine beidseitigen Radfahrwege neu geschaffen werden."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

41. Reinigungsdienst

STV/0577/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis /Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

"Der Magistrat wird aufgefordert, den eingeschlagenen Weg, die Reinigung von städtischen Gebäuden immer mehr auf private Firmen zu übertragen, zu beenden und den Anteil der Eigenreinigung deutlich und schrittweise zu vergrößern."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

42. Bebauungsplan "Wieseckaue";

STV/0579/2011

hier: Aufnahme von zwei Fußgängerbrücken in den Aufstellungsbeschluss

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011-

Antrag:

"Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, den Bau von zwei neuen Fußgängerbrücken, eine Stahlbetonbrücke von ca. 38 m Länge und eine Stahlbetonbrücke von ca. 48,70 m Länge, in den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans GI 01/34 'Wieseckaue' aufzunehmen

Der geänderte Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekann zu machen sowie die Beteilung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB mit der Ergänzung durchzuführen."

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

43. Berichtsantrag zur Nutzung von Räumlichkeiten der Stadt Gießen

STV/0581/2011

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

Antrag:

- "1. Hat die Stadt Gießen Kosten von einem kirchlichen Träger für die Nutzung von Räumlichkeiten in der Ludwig-Uhland-Schule, der dort in städtischen Räumen Hausaufgabenhilfe angeboten hat, verlangt?
- 2. Wie hoch war die Summe und für welchen Zeitraum wurde diese erhoben?
- 3. Müssen jetzt alle Nutzer, von städtischen Räumen damit rechnen, dass Kosten erhoben werden? Falls ja welche, falls nein welche sind ausgenommen?
- 4. Sieht der Magistrat hier nicht ein Gleichheitsgebot für alle Nutzer von städtischen Liegenschaften, insbesondere im Zusammenhang mit der unentgeltlichen Nutzung der Osthalle von dem hiesigen Basketballverein?"

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Stv.-Sitzung in der Beratung und Beschlussfassung aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (02:20 Uhr) zurückgestellt.

44. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden und wünscht "Frohe Weihnachten" und einen guten Start ins Neue Jahr.

DER VORSITZENDE:

DIE STELLV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Fritz

(gez.) Allamode